

1. Gründung und Aufgabe

Die Zeitgeschichte als eine wissenschaftliche Disziplin und die zeithistorischen Institute sind in Deutschland Folge großer gesellschaftlicher und politischer Umbrüche. 1945 gingen der Weltkrieg und die Nazi-Diktatur zu Ende. Wenige Jahre später entstand die Zeitgeschichte als eine selbständige Teildisziplin der Geschichtswissenschaft und es wurde das Institut für Zeitgeschichte in München gegründet. Dessen Hauptaufgabe war es, die Geschichte des nationalsozialistischen Deutschland zu erforschen.

1989/90 kamen die Revolution in Ostmitteleuropa und in der DDR, der Zusammenbruch des Kommunismus, das Ende der zweiten deutschen Diktatur, die deutsche Einheit. Kurze Zeit später entstand ein neues Institut für Zeitgeschichte: das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam. Seine Hauptaufgabe ist es, die Geschichte der DDR und die deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im europäischen Zusammenhang zu erforschen.

Im Laufe der Jahre ist es dem ZZF gelungen, sich als eine der wichtigsten deutschen Forschungseinrichtungen auf diesem Gebiet zu etablieren. Die Leitung des Instituts haben Konrad H. Jarausch, gleichzeitig Professor an der University of North Carolina in Chapel Hill (USA), und Christoph Kleßmann, Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam, gemeinsam inne; Jürgen Kocka, seit kurzem Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin, fungierte 1992/93 als Gründungsdirektor.

Die Finanzierung des Zentrums erfolgt in hohem Maße leistungsbezogen: Das Land Brandenburg und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie weitere Drittmittelgeber teilen sich die Kosten etwa im Verhältnis 40:60, wobei das Land vor allem die Grundausrüstung - die laufenden Kosten für Infrastruktur, Verwaltung und die wissenschaftliche Leitung - absichert, während vor allem die DFG sowie die VW-Stiftung, die Thyssen Stiftung, die Henkel-Stiftung und die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur befristete Forschungsprojekte unterstützen.

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts kommen aus Ost- und Westdeutschland und vertreten verschiedene Disziplinen. Dazu kommt ihr unterschiedlicher politischer Hintergrund: Ostdeutsche, die aus der Dissidenz kamen, wie auch solche, die in der DDR zu den etablierten Historikern gehörten, soweit sie sich nicht diskreditiert hatten; Westdeutsche und Westberliner aus unterschiedlichen wissenschaftlichen und politischen Zusammenhängen. Im

Hinblick auf Herkunft, sozialen Hintergrund und Erfahrungen der Forscherinnen und Forscher ist das Zentrum selbst ein Labor der deutschen Einheit.

2. Die Institutionalisierung des ZZF

Am 31. Dezember 1990 endete nach Artikel 38 des Einigungsvertrages die Existenz der ehemals zur Akademie der Wissenschaften der DDR gehörenden Institute, darunter auch der Institute für deutsche und allgemeine Geschichte. Dem war seit Oktober 1990 eine Evaluation der Forschungseinrichtungen durch Arbeitsgruppen des Wissenschaftsrates vorausgegangen. Ende 1990 übernahm im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie eine unter dem Kürzel KAI-AdW firmierende „Koordinierungs- und Abwicklungs-Initiative“ die Auflösung der Akademie-Institute.

Im Juli 1991 lag eine Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu den von KAI-AdW betreuten außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor. Er plädierte für eine Schließung der geisteswissenschaftlichen Akademie-Institute, mit Ausnahme des Instituts für sorbische Volksforschung. Das betraf etwa 1.140 Mitarbeiter, darunter über 800 Wissenschaftler. Gut bewerteten Forschergruppen hoffte man jedoch neue Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen. Bis spätestens zum 1. Januar 1992 sollten rund 400 Wissenschaftler an Hochschulen, im Rahmen von Akademie-Langzeitvorhaben oder in befristeter Förderung durch die KAI Beschäftigung finden. Zu den Vorschlägen des Wissenschaftsrates gehörte auch, in den neuen Bundesländern 1992 unter der Obhut der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sieben geisteswissenschaftliche Zentren zu gründen. Ihre Mitarbeiter sollten sich aus dem Kreis positiver evaluierter Wissenschaftler der aufgelösten DDR-Akademie rekrutieren. Frei werdende und neue Stellen würden nach offener Ausschreibung zu besetzen sein, wobei eine personelle „Ost-West-Durchmischung“ erfolgen sollte.

Im Sinne dieses Auftrags berief der Präsident der MPG eine Kommission („Präsidentenkommission“) unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Prof. Dr. Franz. E. Weinert. Ihr oblag es, unter den Bewerbern aus den ehemaligen Akademieinstituten eine Personalauswahl für die von Bund und Ländern finanzierten 100 Wissenschaftlerstellen und 70 Stellen nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter dieser Zentren zu treffen. Als Trägereinrichtung für die zu gründenden Forschungsschwerpunkte beschloß der Senat der MPG im November 1991 die Gründung der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH. Sie sollte für eine Übergangszeit die Verwaltung der sieben Forschungsschwerpunkte gewährleisten.

Zu den Forschungsschwerpunkten der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH gehörten von 1992 bis 1995:

1. Zeithistorische Studien,
2. Wissenschaftsgeschichte und -theorie,
3. Europäische Aufklärung,
4. Moderner Orient,

5. Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung,
6. Literaturwissenschaft,
7. Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas.

Wie alle anderen, nahm auch der Forschungsschwerpunkt (FSP) Zeithistorische Studien am 1. Januar 1992 unter der kommissarischen Leitung von Prof. Dr. Jürgen Kocka seine Tätigkeit auf. Noch befanden sich die Diensträume im Berliner Gebäude der ehemaligen geistes- und sozialwissenschaftlichen Akademieinstitute in der Prenzlauer Promenade. Wesentlich unterstützt vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg konnte die Förderungsgesellschaft in Potsdam ein geeignetes Gebäude in der Straße Am Kanal anmieten. Der Umzug erfolgte im Februar 1993. Gleichzeitig begann der Aufbau einer Institutsbibliothek. Für sie gelang es, Teile der ehemaligen Institutsbibliothek aus der Prenzlauer Promenade sowie Teilbestände aus der Bibliothek des Historikers Thomas Nipperdey und der Bibliothek des aufgelösten Erlanger Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft zu akquirieren. Auch übernahm das Institut das Presseauschnittarchiv des abgewickelten Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft. Durch Neuerwerbungen ist der Bibliotheksbestand des ZZF auf derzeit rund 40.000 Bände, 310 Periodika und 90 laufende Zeitschriften und Zeitungen angewachsen.

Zur gleichen Zeit, im Mai 1993, legte die Präsidentenkommission „Geisteswissenschaften“ der MPG „Empfehlungen zur Einrichtung geisteswissenschaftlicher Forschungskollegs (Forschungszentren)“ vor. Danach sollten bis 1995 sechs Forschungsschwerpunkte in Geisteswissenschaftliche Zentren übergeleitet werden. Lediglich der Schwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und -theorie ging in das MPI für Wissenschaftsgeschichte in Berlin über.

Sein Potsdamer Debüt gab der Forschungsschwerpunkt „Zeithistorische Studien“ im Juni 1993 mit der internationalen Konferenz „Die DDR als Geschichte“. Ebenfalls 1993 erschien im Akademie-Verlag Berlin der erste Band der („Blauen“) Reihe Zeithistorische Studien. Seither gehört es zur Tradition des Instituts, mit Vorträgen, wissenschaftlichen Tagungen und Workshops wie auch mit einem Gästeprogramm für international renommierte Wissenschaftler den Kontakt mit der Öffentlichkeit und der scientific community zu suchen und zu pflegen. In der zweiten Jahreshälfte 1993 setzte auch eine öffentliche Kontroverse darüber ein, wer DDR-Geschichte schreiben darf und wer nicht. Der FSP sah sich sachlichen und unsachlichen Angriffen ausgesetzt, die er letztlich durch seine wissenschaftliche Leistung zurückweisen konnte.

Am 1. April 1994 übernahm Prof. Dr. Christoph Kleßmann die kommissarische Leitung des Instituts. Zu diesem Zeitpunkt waren 25 Mitarbeiter beschäftigt, davon 19 Wissenschaftler. (Zum Vergleich: Im Jahr 2001 gehörten 37 Mitarbeiter zum Institut, davon 30 Wissenschaftler.) Im August 1994 erschien das erste Heft des Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, von dem inzwischen 25 Ausgaben vorliegen. In der gleichen Reihe wurden im weiteren auch die Tätigkeitsberichte veröffentlicht. Die Weigerung der Max-Planck-Gesell-

schaft, die geisteswissenschaftlichen Zentren dauerhaft zu fördern, führte eine Veränderung der Trägerschaft herbei: 1995 begann die Vorbereitung der Umwandlung des Forschungsschwerpunktes Zeithistorische Studien in die neue Rechtsform eines Zentrums für Zeithistorische Forschung e.V. Wesentlich hierfür war die Bewilligung des im Mai 1995 an die DFG eingereichten Förderantrages. Nach Gründung des Vereins am 10. Juli 1995 erfolgte am selben Tag auf der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums die Bestellung des Vorstandes des ZZF durch Wissenschaftsminister Steffen Reiche; einstimmig wurde Prof. Dr. Christoph Kleßmann für diese Funktion benannt. Nachdem der Hauptausschuß der DFG bereits im September 1995 die Projekte befürwortet hatte und die Tätigkeit der Kommissarischen Leiter des FSP im Dezember endete, nahm das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. am 1. Januar 1996 seine Tätigkeit auf. An seiner Spitze stand Prof. Dr. Christoph Kleßmann als Direktor. Eine öffentliche Veranstaltung am 9. Januar gab den Auftakt zu einer neuen Phase der Institutsgeschichte. Der Zeitpunkt wurde freilich durch einen Einbruch zum Jahresbeginn 1996 überschattet, bei dem das ZZF nahezu seinen gesamten Computerbestand einbüßte. Der Vermittlung von Minister Reiche und einer Sachspende der Firma Siemens-Nixdorf war es zu danken, daß das Institut vierzehn fabrikneue PC erhielt.

Dem rechtlichen Status des ZZF als Verein entsprechend, konstituierte sich am 1. November 1996 unter Leitung von Prof. Dr. Jürgen Kocka ein wissenschaftlicher Beirat. Im Interesse einer Verstetigung der wissenschaftlichen Arbeit übernahm das Land Brandenburg im Dezember 1997 die Finanzierung von vier Projektleiterstellen. Im Frühjahr 1998 präsentierte sich das ZZF erstmals unter einer eigenen Homepage im Internet. Zur selben Zeit konnte auch die zweite Direktorenstelle besetzt werden: Seit dem 1. April 1998 steht das Institut unter der gemeinsamen Leitung von Prof. Dr. Christoph Kleßmann und Prof. Dr. Konrad H. Jarausch. Die Publikationstätigkeit des Instituts blieb von den Turbulenzen im Verlagsgeschäft nicht unberührt: Seit 1998 erscheint die Reihe „Zeithistorische Studien“ im Böhlau Verlag Köln-Weimar-Wien; zuvor hatte sie der Akademie Verlag in Berlin publiziert. Bis Ende 2001 lagen insgesamt 18 Bände vor. Ein Verein der Förderer und Freunde des ZZF entstand, er führte am 25. Januar 1999 seine erste Jahrestagung durch. Zu den Höhepunkten der Öffentlichkeitsarbeit gehörte die Beteiligung des ZZF am Geschichtsforum „Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Geschichte“, das vom 28. bis 30. Mai 1999 in Berlin stattfand. Aus den vielfältigen Tagungsaktivitäten des ZZF ragte auch die vom 14. bis 16. Juni 2001 in Kooperation mit dem Cold War International History Project (Washington D.C.) durchgeführte Konferenz „Mauerbau und Mauerfall – Lessons of the Wall“ heraus.

Die letzten Wochen des Jahres 2001 standen im Zeichen des Institutsumzuges an den Potsdamer Neuen Markt. Seit dem 3. Dezember 2001 hat das ZZF seinen Sitz an historischer Stelle im ehemaligen Kabinetthaus.

3. Forschungsprojekte 1996 bis 2000

Unter dem Rahmenthema „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte“ bearbeiteten insgesamt rund 20 Forscher und Forscherinnen zu gleichen Teilen aus Ost und West in den Jahren 1996 bis 2000 in vier Projektbereichen ein breites Spektrum an Themen und Fragestellungen. Es reichte vom Verhältnis zwischen „Sowjetisierung und Eigenständigkeit der DDR“ über die Herausbildung „sozialistischer Eliten“ und „Herrschaft und Eigen-Sinn“ im DDR-Alltag bis hin zu Fragen des von der SED verordneten Geschichtsbildes:

1. „Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der DDR 1945–1953“
2. „Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur“
3. „Eliten im Sozialismus“
4. „Geschichte als Herrschaftsdiskurs“.

Gemeinsamer Anspruch der Projekte war es, einen differenzierenden Ansatz jenseits von Verdammung und Verklärung der DDR-Geschichte zu verfolgen. Dies bedeutete, einerseits die persönlichen Erfahrungen von ostdeutschen Bürgern ernst zu nehmen, andererseits aber auf der Grundlage schriftlicher Quellen des Machtapparats die dahinterstehenden Herrschaftsstrukturen der DDR aufzudecken. Dieser Ansatz läßt sich auf die Kurzformel der „kritischen Historisierung“ (Jaraus) bringen. Er beinhaltet zugleich die politische Dimension, durch eine wissenschaftliche Reflexion den Verarbeitungsprozeß der zweiten deutschen Diktatur zu beschleunigen.

Die ersten Ergebnisse der Projekte wurden in vier Bänden veröffentlicht und liegen komprimiert in englischer Sprache in dem Band „Dictatorship as Experience“ vor.¹ Monographien zu den Einzelthemen folgen oder sind bereits erschienen.

4. Forschungsprojekte 2001–2003

In der neuen Projektphase, die im Januar 2001 begonnen hat, beschäftigen sich die Forschungsvorhaben des ZZF weiterhin mit der DDR-Geschichte als zentraler Achse, weiten aber ihre Perspektive vor allem auch auf den Vergleich und die Beziehungs-Geschichte mit Ost-Mitteuropa, der Bundesrepublik und punktuell auch auf Westeuropa aus. Dies signalisiert bereits der Titel des neuen Projektdaches: „Die DDR im deutschen und europäischen Systemkonflikt“.

1 Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln-Weimar-Wien 1999; Michael Lemke (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln-Weimar-Wien 1999; Peter Hübner (Hg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln-Weimar-Wien 1999; Martin Sabrow (Hg.), Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln-Weimar-Wien 2000; Konrad H. Jaraus (Ed.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, Berghahn Books: New York/Oxford 1999.

Ein politikhistorisches Projekt befaßt sich mit der Region Berlin/Brandenburg als Schaufenster im Ost-West-Konflikt, ein sozialhistorisches Projekt untersucht die Sozialpolitik kommunistischer Staaten als „neue soziale Frage“, ein medienhistorisches Projekt verfolgt die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges in den Medien und ein kulturgeschichtliches Projekt erforscht schließlich die kulturellen Formen der Legitimierung von Herrschaft in Diktatur und Demokratie.

„Berlin-Brandenburg im Ost-West-Konflikt“

Für den Ost-West-Konflikt als Wechselverhältnis von Kaltem Krieg und Entspannung bildete die Region Berlin-Brandenburg einen weltpolitischen und nationalen Fokus. Die allgemeinen Züge der Systemauseinandersetzung traten hier deutlicher hervor als anderswo und zugleich entwickelten sich in dieser Region auch wichtige Besonderheiten des epochalen Konflikts.

Das aus vier Einzelvorhaben bestehende Projekt setzt sich unter Leitung von Dr. Michael Lemke das Ziel, neue Sichtweisen und Fragestellungen in die zeithistorische Forschung über den Ost-West-Konflikt im Raum Berlin einzubringen. Dabei geht es von der Hypothese aus, das beide Teile der Stadt und ihr Umland – bei allen Einschränkungen – bis zum Mauerbau eng verflochten waren und in einem intensiven Austausch standen; die Systemdurchlässigkeit war verhältnismäßig groß. Die ost-westlichen Beziehungen und Interaktionen in diesem Raum werden als eine vielschichtige Systemkonkurrenz betrachtet, die sowohl durch Konfrontation als auch durch wirtschaftlichen, sozialen und politisch-ideologischen Wettbewerb gekennzeichnet war. Auf beiden Seiten wurde mit unterschiedlichem Erfolg versucht, „Schaufenster“ für die Überlegenheit des eigenen Systems über das jeweils andere zu schaffen. Das wirft die alle Teilanalysen verbindende Problematik auf, inwiefern diese besondere Konkurrenz, an der deutsche und alliierte Kräfte beteiligt waren, sowohl zur Eskalation von Spannungen als auch zu deren Begrenzung und Deeskalation beitrug. Insgesamt wollen alle Beiträge aus unterschiedlichen Perspektiven einen Beitrag zur Klärung der Frage leisten, warum der Ost-West-Konflikt in diesem Verflechtungsraum besonders konsequent und scharf verlief, gleichzeitig aber auch ein System von Interaktionen zur allmählichen Überleitung des Kalten Krieges in die Entspannung schneller entstand und intensiver wirkte als an anderen politischen Orten.

Drei weitere Projekte zielen auf eine Analyse von Entwicklungen im oppositionellen Spektrum der DDR, die das Wechselverhältnis zwischen Staatsmacht und widerständigem Verhalten sowie den sozialen Hintergrund und Inhalt oppositioneller Gruppenbildung kenntlich macht. Dies geschieht vor allem in den Untersuchungen über die illegale antistalinistische Opposition in der DDR der siebziger Jahre im Raum Berlin-Brandenburg und über die Politisierung der unabhängigen DDR-Friedensbewegung 1979–1989 im Raum Berlin. Es wird insbesondere untersucht, welche Auswirkungen der Politisierungsprozeß im

politischen und gesellschaftlichen Zentrum des Staates auf die Opposition in der DDR insgesamt hatte. Der Vergleich zwischen der Haftsituation und den Haftbedingungen politisch Gefangener unter beiden deutschen Diktaturen sowie eine vergleichende Analyse der Häftlingsgesellschaft und der besonderen Stellung des politischen Gefangenen ist Gegenstand eines Forschungsvorhabens über politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Die Untersuchung der Strafvollzugsanstalt Brandenburg-Görden erscheint als besonders geeignet, Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede der Behandlung politisch Verfolgter im Strafvollzug des Naziregimes und der DDR herauszuarbeiten.

Darüber hinaus beschäftigen sich zwei Projekte mit der sowjetischen Deutschlandpolitik in den vierziger Jahren.

„Sozialismus als soziale Frage: Soziale Problemlagen, kulturgeschichtliche Prägungen und Sozialpolitik in Mittel- und Osteuropa 1945–1990“

Die Vorhaben des Projektbereiches unter Leitung von Dr. Peter Hübner sind darauf angelegt, die soziale Entwicklung in der DDR mit parallel verlaufenden Prozessen in anderen „realsozialistischen“ Ländern zu vergleichen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf einer komparativen Betrachtung der DDR, der UdSSR und der Volksrepublik Polen. Grundlegende Arbeitshypothese ist die Annahme, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik in den „realsozialistischen“ Ländern Mittel- und Osteuropas eine für diese Region spezifische soziale Frage aufwarf.

Im Unterschied zur ursprünglichen „Sozialen Frage“, die im Kern eine Arbeiterfrage war, handelte es sich hier um ein Krisensymptom der gesamten Gesellschaft und damit um eine Systemfrage. In ihr verdichteten sich, von Land zu Land unterschiedlich, durch nationale und internationale, traditionale und moderne Einflüsse modifiziert, wirtschaftlich bedingte und politisch induzierte Faktoren zu einem komplexen, kulturell geprägten Problemgeflecht.

Alle Parteiregime standen vor dem Phänomen, zur eigenen Legitimation weitreichende soziale Versprechungen abgegeben zu müssen, während Erwartungen und Forderungen dem gewöhnlich vauseilten. So ergab sich eine Hase-und-Igel-Konstellation, aus der nur ein Entkommen möglich schien, wenn entweder ein harter Mobilisierungskurs ohne soziales Äquivalent verfolgt oder eine Zurücknahme von Investitionen bzw. eine wachsende Kreditaufnahme in Kauf genommen wurden. Ersteres war auf Dauer politisch nicht durchzuhalten, die zweite Möglichkeit verschaffte befristet Entspannung, hatte jedoch einen hohen Preis. Statt diese Vorleistungen in wachsende Produktivität ummünzen zu können, führten sie zum Verzehr volkswirtschaftlicher Substanz. Beim Versuch, soziale Probleme zu lösen, schwand oder erlahmte das hierfür erforderliche Lösungspotential.

Wie dieser Prozeß verlief, welche Faktoren dabei darauf Einfluß nahmen und welche Wirkungen davon ausgingen, aber auch wie die verschiedenen Akteure und Adressaten diese wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen wahrnahmen und wie sie darauf reagierten, ist Gegenstand dieses Projekts.